

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 12-1

Artikel: Einsame Weltmacht Amerika : Möglichkeiten und Grenzen
weltpolitischer Dominanz
Autor: Gasteyer, Curt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Curt Gasteyer,
1929, war nach Studien an der Universität Zürich (Dr. iur.), dem Europa Kolleg in Brügge, der Freien Universität Berlin sowie «Visiting Scholar» an den Universitäten Columbia und Harvard Direktor am Internationalen Institut für Strategische Studien in London, Stellvertretender Direktor des Atlantischen Instituts in Paris und, von 1974-1994, Professor am «Institut universitaire de hautes études internationales» in Genf. Er leitet jetzt die «Association pour la promotion et l'étude de la sécurité internationale» (APESI). Mitglied u.a. der beratenden Ab- rüstungskommission der Uno, des «Volcker- Komitees» und ständiger Mitarbeiter von «Finanz und Wirtschaft». Letzte Veröffentlichungen: «Europa von der Spaltung zur Einigung» und, in Vorbereitung, «Perspektiven internatio- naler Politik».

EINSAME WELTMACHT AMERIKA

Möglichkeiten und Grenzen weltpolitischer Dominanz

Im Augenblick, wo dieser Beitrag in Druck geht – einen Monat nach den Wahlen –, steht immer noch nicht fest, wer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein wird. Das ist peinlich für die für eine solche Verzögerung Verantwortlichen. Es kann aber auch Anstoss sein für die Überholung eines zu stark auf ein Gleichgewicht zwischen Wählern und Gliedstaaten bedachten Wahlsystems. Wer immer schliesslich das Rennen machen wird – George W. Bush oder Al Gore – wird sich zur ersten Pflicht machen müssen, die jetzt aufgerissenen Gräben erbitterter Animosität in konstruktiv-versöhnlicher Art zu überbrücken. Das erfordert nicht nur der innenpolitische Frieden, sondern auch die von einer möglichst breiten Schicht mitgetragene aussenpolitische Verantwortung, wie sie der derzeit einzigen und zudem einzigartigen Weltmacht Amerika zufällt.

All das ist hinreichend Anlass, einige mehr grundsätzliche Überlegungen über Rolle und Zukunft der Vereinigten Staaten in der internationalen Politik von morgen anzustellen. Dies umso mehr, als die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion von keiner zumindest militärisch gleichwertigen Gegenmacht in Schach gehalten und dann und wann in die Schranken gewiesen werden. Daran dürfte sich in absehbarer Zeit nichts Wesentliches ändern. Für die einen mag es beruhigend, sogar bequem sein, sich an einem einzigen strategischen Fixpunkt ausrichten zu können; für andere dagegen ist dieses inhaltlich und zeitlich scheinbar unbegrenzte Machtmonopol ein Stachel im eigenen nationalen Selbstbewusstsein. Er ist Ärgernis, kann aber auch als Anstoss dienen, entweder allein oder zusammen mit Gleichgesinnten ein Gegengewicht zu schaffen. Letztlich geht es dabei um die stets wiederkehrende Suche nach einer machtpolitisch ausgeglichenen internationalen Ordnung von *checks and balances*, von Gleich- und Gegengewicht. Mit beidem soll der allzu Dominierende in seinem Drang nach politischem Einfluss, wirtschaftlicher und immer mehr auch technologischer Dominanz in Schach gehalten und damit zu einem allseits in etwa erträglichen Zusammenleben angehalten werden.

Wer genau hinschaut, wird sehr schnell erkennen, dass solche Schranken gegen einen allzu beherrschenden, einseitig nützlichen Machtgebrauch von Seiten Amerikas längst bestehen. Gewiss, wie jede dominierende Grossmacht zeigen auch die USA eine für Partner und Rivalen oft unangenehme Arroganz und Selbstgerechtigkeit. Die Schweiz hat dies in den letzten Jahren der peinlichen Auseinandersetzung über ihr Verhalten während und nach dem Zweiten Weltkrieg in gehörigem Masse erfahren. Anderen, selbst viel grösseren Ländern geht es dann und wann nicht viel besser. Mit solchem, von geschichtsbewusster Selbstkritik wenig belastetem Verhalten wird immer wieder zu rechnen sein. Selbstzweifel sind bei einem Land nur bedingt zu erwarten, das sich selbst als ausgewählt betrachtet. Sie sind bei einer Macht vielleicht auch gar nicht unbedingt am Platz, die sich zu globaler Verantwortung berufen sieht.

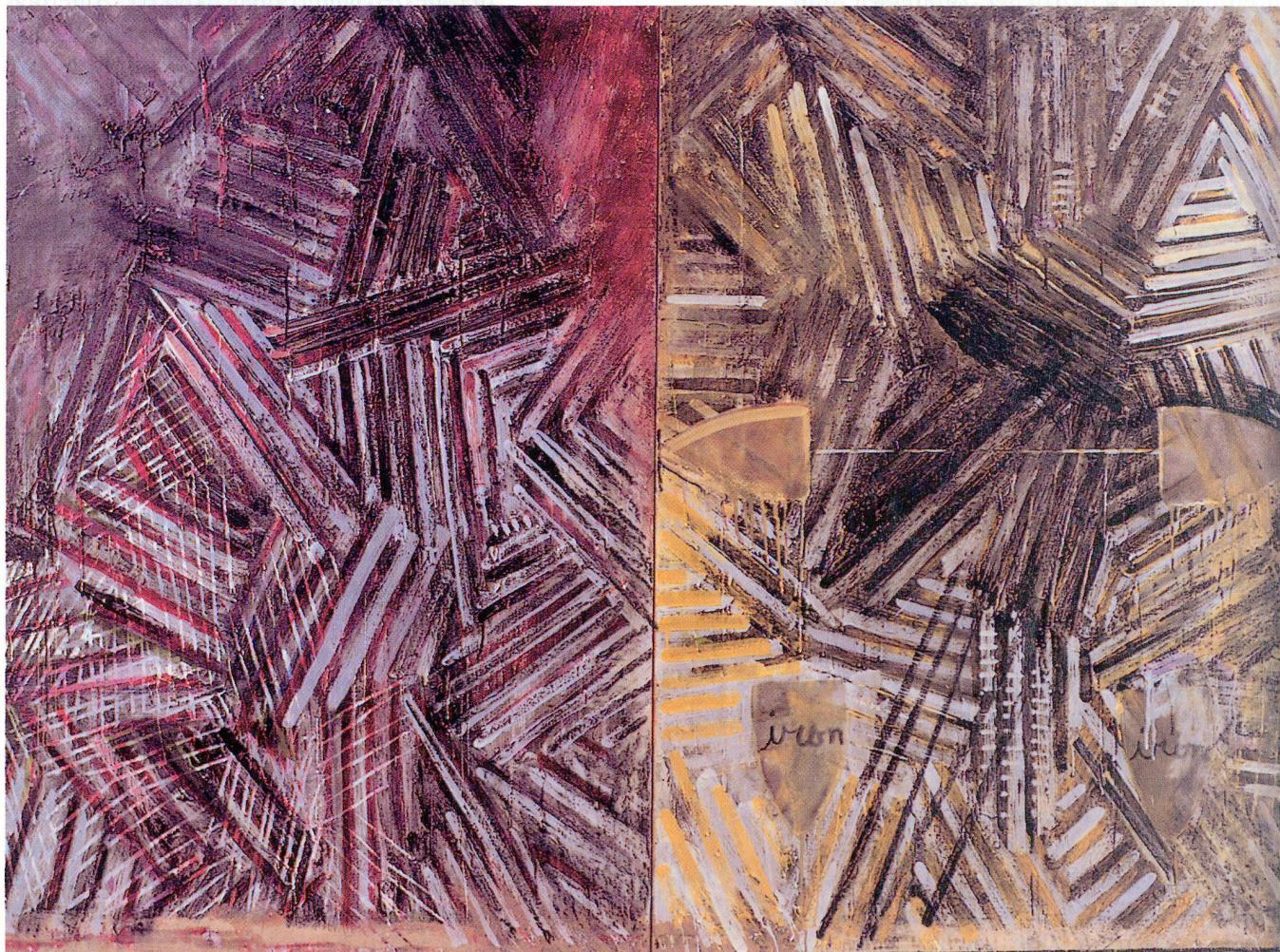
Bei den Vereinigten Staaten kommt ein ganz wesentliches Element hinzu: Sie sind die erste wirklich demokratisch begründete Weltmacht. Die Art und Weise, mit der sie ihre Macht ausüben, ist von vielen Seiten her eingehetzt, kontrolliert und durch einen mühseligen Entscheidungsprozess gehemmt, verlangsamt und unter mannigfache Kautelen gestellt. Es sind die Wähler selbst, der Kongress sodann, die immer präsent-aufdringlichen Medien, die

unzähligen, meist nur sehr engen Eigeninteressen vertretenden «Lobbies», die politische Entscheidungsfreiheit zu beschneiden oder eben in nicht immer sachgerechte Richtungen zu lenken suchen. Die amerikanische Nahostpolitik – oder, besser vielleicht: jene Diplomaten, die sie zu formulieren und auszuführen haben – mögen hierfür zeugen. Wer sich deshalb einmal näher mit diesem aussenpolitischen Entscheidungsprozess der amerikanischen Administration befasst hat, den muss erstaunen, dass es überhaupt zu klaren Entscheiden kommt. *Henry Kissinger* hat das schier unvorstellbare Gewirr sich befehdender, in ihrem Interesse überschneidender oder widersprechender Instanzen in seinen Memoiren eindrücklich geschildert.

Die eigentliche Triebkraft amerikanischer Weltpolitik mag man in der vom wirtschaftlichen Erfolg untermauerten Überzeugung orten, eine vorbildhafte Demokratie zu sein, die auf Drittstaaten zu übertragen die Mission Amerikas ist. Es

Selbstzweifel
sind bei
einem Land
nur bedingt
zu erwarten,
das sich
selbst als
auserwählt
betrachtet.

ist kein Zufall, dass ausgerechnet ein Wissenschaftler ausländischer Abstammung, *Francis Fukuyama*, das «Ende der Geschichte» nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ansagte, da es nach seiner Ansicht zu diesem amerikanischen Demokratiemodell keine ideologische Alternative mehr geben konnte. *Fukuyama* hat insofern recht, als Amerika, allen Unkenrufen in den achtziger Jahren über seinen bevorstehenden Niedergang als «überanstrenge» (*overstretched*) Weltmarkt zum Trotz nicht nur als eben solche überlebt hat, sondern als einzige in dieser Kategorie übrig bleibt. Sie allein verfügt über das wirtschaftliche, militärische und, immer wichtiger, technologische Potential, das solch global ausgreifendes Handeln erlaubt, es zugleich aber auch immer wieder materiell unterstützt. In diesem umfassenden Sinne sind die USA die erste multidimensionale Macht: facettenreich in ihren weltumspannenden Interessen und Verpflichtungen, für viele Länder fast unent-



Jasper Johns, *Weeping Women*, 1975, Weinende Frauen, Ausschnitt. Enkaustik und Collage auf Leinwand, 127 x 259,7 cm. Sammlung David Geffen, Los Angeles.

behrlich als sicherheitspolitische Rückversicherung, und omnipräsent mittels ihrer Weltraum- und Kommunikationstechnologie. Die grosse Frage ist deshalb nicht, ob die Vereinigten Staaten Weltmacht bleiben wollen. Dazu haben sie kaum eine Alternative: Die immer wieder auftauchenden Gerüchte und Vermutungen von einem Rückzug auf sich selbst im Namen eines Neo-Isolationismus mögen Stammischgespräche und Wahlkampfreden bereichern. Sie haben aber mit der politischen Wirklichkeit wenig oder gar nichts zu tun. In dieser Hinsicht bewegte sich die Wahlkampfrhetorik der Kandidaten *Bush* und *Gore* im marginalen, nicht im prinzipiellen Bereich.

Versuchung zum Alleingang?

Nicht das «Ob» des weltpolitischen Engagements steht demnach zur Debatte, sondern das «Wie» und «Wo». Es geht dabei weniger um die Verteidigung und Ausbreitung wirtschaftlicher Interessen und technologischer Dominanz: Das eine wie das andere bleibt unbestritten als Ausweis und Stütze amerikanischer Stärke, wo nicht Überlegenheit. Trotzdem: Sowohl hier wie im militärstrategischen Bereich gibt es immer deutlichere Anzeichen von tiefgreifenden Veränderungen struktureller und gesellschaftspolitischer Natur. Wo sie konkrete Gestalt annehmen, werden sie Amerikas Haltung in der Welt und damit diese selbst in heute erst erahnbarer Weise verändern.

Die erste Entwicklung betrifft Ausmass und Natur des politisch-strategischen Engagements der USA in Krisen sowie die Auswirkungen der geplanten nationalen Raketenabwehr (NMD) nicht nur für die eigene, sondern die internationale Sicherheit. Beides gehört zu den wenigen ausenpolitischen Themen, die *Bush* und *Gore* während ihres Wahlkampfes zwar ansprachen, aber kaum zufälligerweise nicht deutlicher artikulierten. Spätestens seit der traumatischen Erfahrung in Somalia, als die Leichen amerikanischer Soldaten von aufgebrachten Einheimischen durch die Strassen geschleppt wurden, halten sich die USA von ähnlich riskanten UN-Operationen fern. Keine Leichen amerikanischer GI's mehr bei Einsätzen in fernabgelegenen Krisenregionen, so die De-

Spätestens seit der traumatischen Erfahrung in Somalia, als die Leichen amerikanischer Soldaten von aufgebrachten Einheimischen durch die Strassen geschleppt wurden, halten sich die USA von ähnlich riskanten UN-Operationen fern.

vise, und schon gar nicht dann, wenn Washington keine oder nur indirekte Kontrolle über diese Einsätze hat.

Kriege sollen dank moderner Technik – also dem, was seit kurzem als *Revolution in Military Affairs* (RMA) bezeichnet wird – auf Distanz und damit mit möglichst geringem Risiko für die eigene Truppe geführt werden. Mit einem solchen beinahe schmerz- und risikofreien Konzept hat die *Clinton*-Administration ihre militärischen Engagements in Krisenzenen zu rechtfertigen und damit die hierzu wachsenden Vorbehalte der öffentlichen Meinung zu beschwichtigen gesucht. Der Präsident reagierte damit nur auf eine in den westlichen Gesellschaften allgemein zu beobachtende Abneigung gegen Kriege zugunsten Dritter: Weder Somalia noch der Balkan sind, um *Bismarck* zu paraphrasieren, das Leben eines amerikanischen oder europäischen Soldaten wert. Der nur in der Luft geführte Krieg im Kosovo brachte hierfür die Bestätigung. Für die Weltmacht von der derzeitigen Einzigartigkeit Amerikas wirft dies allerdings ernsthafte Fragen hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit auf. Es mag auch nicht den seltsamen Widerspruch erklären, dass seine Rüstungsausgaben höher sind als jene von Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Indien, Japan und Russland zusammengenommen.

Anders gelagert, in seinen Folgewirkungen aber nicht weniger umstritten, ist der Entschluss der Regierung *Clinton*, ein System national begrenzter Raketenabwehr bis zum Jahre 2010 aufzubauen. Es soll – so die offizielle Begründung – Schutz gegen Raketenangriffe von Staaten wie Nordkorea, Iran und Irak – also den bis vor kurzem als «Schurkenstaaten» bezeichneten Regimes – bieten. Wie wenig glaubhaft dieses Argument für nicht zu dieser Kategorie gehörenden Länder ist, bezeugen einmal die unmissverständliche Kritik Russlands und Chinas und zum anderen die skeptische Reaktion der europäischen Verbündeten. Diese sehen im NMD einen Versuch Amerikas, strategische Sicherheit im Alleingang zu gewinnen und zugleich mit sonst nicht begründbarem Aufwand eine für Drittstaaten nicht erschwingliche technologische Forschung und Entwicklung zu finanzieren. Falls *Clinton*'s Nachfolger dieses überaus heikle

Vorhaben nicht aufgibt oder überzeugender zu begründen vermag, wird die ohnehin spannungsreiche Atlantische Allianz um einen Spaltpilz reicher.

Spannungsreich deshalb, weil sich das ursprüngliche Bindegewebe einer gemeinsamen Verteidigung gegen einen gemeinsamen Feind – die Sowjetunion – seit deren Verschwinden sichtlich gelockert hat. Es könnte sich weiter lockern in dem Masse, in dem die Europäische Union mit ihrem Beschluss zur Aufstellung einer eigenen, 50 000–60 000 Mann starken Krisen-Eingreiftruppe wirklich Ernst macht. Sie geriete damit in einen starken Gegenwind aus Washington. Was die USA als strategische Hauptmacht seit langem anstrebt – und *Bush* hat dies seinerseits deutlich gemacht –, ist nicht so sehr eine militärische Arbeits-, sondern eine finanzielle Lastenteilung. Im Klartext, wenn auch etwas überspitzt heisst dies, dass Washington weiterhin das letzte Wort in Sachen gemeinsamer Sicherheit behalten will, die Europäer dafür aber mehr bezahlen sollen.

Spannungsfeld Wirtschaft

Mit einer solchen schlagseitigen Arbeitsteilung liesse sich angesichts des zögerlichen europäischen Einigungsprozesses allenfalls leben, zeichneten sich im transatlantischen Verhältnis nicht neue Gewichtsverschiebungen und mögliche Spannungsfelder ab. Seit einigen Jahren, teils als Folge des weltpolitischen Entspannungsprozesses, rücken wirtschaftliche Leistungen und Abhängigkeiten immer stärker ins Zentrum der Beziehungen unter Staaten und Regionen. Nirgendwo ist dies deutlicher sicht- und spürbar und in den politischen Folgewirkungen gewichtiger als in den europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Das mögen einige Zahlen belegen. Das Volumen des transatlantischen Handels beträgt mittlerweile 400 Mrd. Dollar; amerikanische Direktinvestitionen von 420 Mrd. Dollar – das sind 49 Prozent der gesamten Direktinvestitionen – gingen 1999 nach Europa, während dieses 69 Prozent seiner Direktinvestitionen (in Höhe von 425 Mrd. Dollar) in den USA placierte. Das sind Größenordnungen von politisch-strategischem Gewicht. Mit ihnen könnte näm-

Was die USA als strategische Hauptmacht seit langem anstrebt – und Bush hat dies seinerseits deutlich gemacht –, ist nicht so sehr eine militärische Arbeits-, sondern eine finanzielle Lastenteilung.

¹ Vgl. hierzu Ulrike Guénot. Wie beeinflusst Wirtschaft die Außenpolitik? In: Internationale Politik, Nr. 10/2000, S. 38.

lich belegt werden, dass sich das Rückgrat der transatlantischen Beziehungen schrittweise und zunehmend vom militärisch-politischen Bereich auf jene von Wirtschaft und Finanzen verschiebt. Das Tauziehen in den internationalen Beziehungen, so der Schluss, findet – nicht zuletzt als Folge der geschilderten Verschiebungen und Verdünnungen im sicherheitspolitischen Bereich – immer mehr in der Wirtschafts-, Währungs- und Wettbewerbspolitik statt¹.

Gewiss kann man argumentieren, dass internationales – hier also: transatlantisches – Krisenmanagement nach wie vor ein zentrales Element der Außenpolitik Washingtons und der Europäischen Union bleiben wird. Angesichts der wachsenden Zurückhaltung Amerikas bei kritischen Einsätzen in gefährlichen Randzonen (zu denen einige europäische wie der Balkan und der Kaukasus nun eben gehören) von zeitlich unbegrenzter Dauer wird sich die Welt im allgemeinen, Europa im besondern, nicht mehr unbedingt und automatisch auf amerikanischen Beistand verlassen können. Das auch deshalb nicht, weil sich die USA, wie erwähnt, von Solidaraktionen der Vereinten Nationen distanzieren und sich aufgrund ihrer Machtfülle und geographischen Distanz durchaus auch einen selbstgenügsamen Alleingang (*unilateralism*) leisten können.

Aus all dem folgt, dass weltweit mit Verschiebungen in der aussenpolitischen Tagesordnung und Prioritätensetzung zu rechnen ist. Die Sorge um Zugang zu knapper und teurer werdenden Ressourcen ebenso wie um die Sicherung von Märkten und Investitionen wird an Gewicht gewinnen. Dies sehr wahrscheinlich zu Lasten sicherheitspolitischer Vorsorge und Zusammengehens. Ein solcher Verschiebungsprozess wird gerade dort spürbar werden, wo lange Zeit die geteilte Sorge um Kriegs- und Konfliktverhinderung im Vordergrund stand – also zumal im europäisch-amerikanischen Verhältnis. Ein solcher Prozess der Verschiebung von Prioritäten und Interessen wird kaum ohne Spannungen, Missverständnisse oder Verstimmungen ablaufen. Er wird von allen Seiten Anpassung und Konzessionen einfordern. Vor allem aber bedarf er der Bereitschaft zur Reform bestehender oder zur Schaffung neuer, den veränderten Bedin-

gungen besser angepasster Institutionen. Für die Vereinigten Staaten bedeutet dies die schwierigste Herausforderung dort, wo sie jenseits der Nato nicht mehr die letztlich entscheidende, sondern nur noch eine, wenn auch zentrale Macht neben anderen sein werden. Wie heikel dieser Prozess der An- und Einpassung ist, zeigt die Häufung der Konflikte (vor allem mit der EU) in der zunehmend überforderten Welthandelsorganisation (WTO). Ähnliches ist auch in den Bretton Woods Institutionen und den Vereinigten Nationen zu beobachten.

Noch ist es verfrüht, heute schon von der «einsamen Weltmacht» Abschied zu nehmen. Dazu ist ihre Stellung zu stark und ihre Funktion als Ordnungskraft immer noch zu wichtig. Aber der hier ange deutete Doppelprozess – die wachsende Scheu der Wohlstandsgesellschaft vor möglicherweise tödlichen Verstrickungen hier und die steigende Bedeutung wirtschaftlich-technologischen Wettbewerbs da – wird auch Amerikas Stellung in der Welt schrittweise, aber unaufhaltsam verändern.

Das
Tauziehen
in den
internationalen
Beziehungen
findet immer
mehr in der
Wirtschafts-,
Währungs- und
Wettbewerbs-
politik statt.

Wer hierfür bitter-ironische Bestätigung sucht, mag sie in den Bemühungen des abtretenden Präsidenten *Clinton* sehen, ausgerechnet in diesen Tagen der schmerzhaften Überanstrengung des Wahlprozesses zuhause dem ehemaligen Kriegsgegner Vietnam die Vorteile demokratischer Verfassung ans Herz zu legen.

Wenn es schliesslich doch *George W. Bush* sein sollte, der das mehr als knappe Rennen ins Weisse Haus gewinnt, dann steht er vor einer zusätzlich schwierigen Doppelaufgabe: jener des inneren Ausgleichs, wo nicht der Aussöhnung mit einer praktisch gleichstarken Demokratischen Partei und deren Kandidaten *Gore*, und jener des Nachweises dafür, dass ein Präsident, der nicht von einer – wenn auch hauchdünnen – Mehrheit des Volkes, sondern der Elektorenstimmen gewählt wurde, der Weltmacht doch hinreichend Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft verleihen kann, derer sie bei dem sich verengenden Spielraum von Macht und Einflussnahme immer mehr bedarf. ♦

Mit den Schweizer Monatsheften haben Sie das Geschenk...

... das Sie schon immer suchten, z. B. zu Weihnachten, für den Freund, die Freundin, die schon alles haben... den Neffen, die Nichte oder das Patenkind, die gerade ihr Germanistik- oder Wirtschaftsstudium begonnen haben... oder einfach für jemanden, dem Sie sich auch während des Jahres immer wieder in Erinnerung rufen wollen: 10mal im Jahr mit einem Geschenkabonnement der «Schweizer Monatshefte». Der Beschenkte erhält von uns einen Geschenkbon und die Ausgabe Dez./Januar 2000/01. Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mitteilung per Fax. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beiliegende Geschenk-Abo-Karte zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05,
E-Mail: schweizermonatshefte@swissonline.ch